



Pressemitteilung

Nach der Debatte über getrennten Schwimmunterricht:

Keine Privilegien für die katholische Kirche in Schulen!

Die unterzeichnenden Organisationen begrüßen es, dass sich die zuständige Parlamentskommission entschieden gegen die religiös motivierte Möglichkeit von getrennten Schwimmkursen für Jungen und Mädchen ausgesprochen hat. Zu einer Gesetzesänderung soll es laut Bildungsministerin nicht kommen; „pragmatische Lösungen“ sollen her. Zu klären bleibt jedoch, was genau damit gemeint ist. Laut Autonomiegesetzgebung könnte dann wohl jeder Schuldirektor willkürlich eine Entscheidung treffen, welches eine undemokratische Vorgehensweise darstellt.

Für uns stellt einerseits jede noch so kleine Ausnahme in Bezug auf religiöse Privilegien eine Gefahr für ein modernes und weltanschaulich neutrales Schulwesen dar, dessen Verantwortung unter anderem auch der gesellschaftliche Zusammenhalt ist: Wenn sich nämlich solche Ausnahmen im Schwimmunterricht normalisieren, so ist es kein weiter Weg mehr hin zu religiös motivierten Dispensen beispielsweise vom Biologie- oder vom Geschichtsunterricht. Deshalb gehören Religionen nicht in die öffentliche Schule.

Es ist jedoch andererseits problematisch zu argumentieren, muslimischen Eltern z.B. sei eine Ausnahme oder ein Privileg abzuschlagen, während eine andere Glaubensrichtung, die katholische Kirche, weiterhin über das außergewöhnliche Privileg eines eigenen

Religionsunterrichts in öffentlichen Schulen verfügt. Sollte man bei einem derart wichtigen Thema wirklich mit zweierlei Maß messen?

Entweder werden ausnahmslos allen Glaubensrichtungen Privilegien gewährt oder aber die Schule wird strikt laizistisch ausgerichtet. Alles andere wäre inkonsequent.

Die heftige Diskussion vergangene Woche um die religiös bedingte Geschlechtertrennung im Schwimmunterricht bietet und erfordert eine Klärung der Frage des katholischen Religionsunterrichts, der heute für die Begünstigung einer einzigen Weltanschauung in der Schule steht, die längst nicht mehr den realen Gegebenheiten und Anforderungen unserer modernen, pluralistischen Gesellschaft entspricht (siehe CEPS-Studie vom Februar 2011).

Aus diesen Gründen setzen wir uns klar und deutlich für das Abschaffen des katholischen Religionsunterrichts im Rahmen des öffentlichen Schulunterrichts ein, und sprechen uns gegen jegliche religiöse Privilegien im Bildungswesen aus. Die öffentliche Schule sollte ein Ort sein, an dem ausschließlich Wissen und Können vermittelt wird, und wo Kinder unabhängig von den weltanschaulichen Präferenzen ihrer Eltern zu geistig freien und kritisch denkenden Bürgern heranwachsen können. Schule soll als Garant für den gesellschaftlichen Zusammenhalt stehen, statt für die religiöse Segregation.

In diesem Sinne fordern wir die Regierung dazu auf, sich der Frage endlich anzunehmen und in öffentlichen Schulen eine weltanschaulich neutrale Wertevermittlung für alle Kinder einzuführen. Ein erster Schritt könnte die Auswertung des Pilotprojekts im „Neie Lycée“ sein, wie es auch die am 7. Juni im Parlament gestimmte Motion vorsieht, welche die Regierung dazu auffordert, *à présenter à la Chambre des Députés les conclusions à tirer du projet de l'éducation aux valeurs qui a été initié et développé dans le cadre du « Neie Lycée »*.

Allianz vun Humanisten, Atheisten an Agnostiker Lëtzebuerg (AHA)

Ligue Luxembourgeoise de l'Enseignement (LLE)

Libre Pensée Luxembourgeoise (LPL)

Liberté de Conscience (Libco)

Syndikat Erziéung a Wëssenschaft am OGBL (SEW/OGBL)

Fédération Générale des Instituteurs Luxembourgeois (FGIL)

23. November 2011